

Beispielsammlung für die fehlgeschlagene Liberalisierung öffentlicher Dienste

PENSIONEN

- In **Chile** wurde das Pensionssystem komplett privatisiert und ist seither das teuerste der Welt: Die Verwaltungskosten verschlingen 30 Prozent der eingezahlten Beiträge. Zum Vergleich: Die Verwaltungskosten der österreichischen Pensionsversicherung betragen 1,8%.
- In **Großbritannien** betragen die öffentlichen Pensionen rund 350 Euro (5000 Schilling), das reicht nicht zum Leben. In London leben 30% der Pensionisten unter der Armutsgrenze. Die privaten Zusatzpensionen sind nicht nur teurer, sondern auch unsicherer, denn:
 - Kaum lassen die Finanzmärkte etwas aus, krachen weltweit die privaten Pensionskassen und Lebensversicherer: In **Japan** gingen mit Kyoei Life, Chiyoda Mutual Life und Tokio Mutual Life gleich drei große Lebensversicherer Bankrott; in **England** „berichtigte“ die renommierte Lebensversicherung Equitable Life über Nacht die Werte aller Depots um minus 16 Prozent; in der **Schweiz** wurde die Pleite von Vera/Pavos mit öffentlichen Geldern abgemildert. In den **USA** wurde der Enron-Bankrott zum Pensions-Desaster. Und die **österreichischen** Pensionskassen kürzen einen Teil der Betriebspensionen – nach nur drei mageren Börsenjahren – 2002 um durchschnittlich 3,5% und 2003 nochmals um durchschnittlich 8%.

GESUNDHEIT und KRANKENVERSICHERUNG

- In den **USA** steigt die Zahl der nicht krankenversicherten Menschen trotz Wirtschaftswachstum konstant an. 2001 standen bereits 41,2 Millionen Personen oder 15% der Bevölkerung ohne Krankenversicherung da. Eine öffentliche KV gib es nur für Bedürftige (Medicaid) und SeniorInnen (Medicare).
- Auf den **Philippinen** sind in Folge eines Kosteneinsparungs- und Privatisierungsprogramms bereits 49% der Spitalbetten in privaten Händen. Die Kosten müssen zum großen Teil die PatientInnen tragen. Nach Protesten wurde zwar ein Versicherungssystem eingeführt, dieses deckt jedoch nur 38% der Bevölkerung ab. Die philippinische Regierung verwendet noch 2,6% des Budgets für die Gesundheitsversorgung gegenüber 28,4% für den Schuldendienst.
- Auch in der **Schweiz** wird Leistung um Leistung aus dem staatlichen Gesundheitssystem heraus genommen. Zahnarztleistungen mussten bereits privat bezahlt oder versichert werden. Als nächstes sollen alle Leistungen rund um die Schwangerschaft aus dem öffentlichen Gesundheitssystem gestrichen werden – eine besonders frauenfreundliche Privatisierung.
- Der Chef des führenden **französischen** Versicherungskonzerns Axa begründete eine beabsichtigte Verdopplung der Prämien für Behindertenrenten Anfang 2000 gegenüber Le Monde so: „Ich bin eine Versicherungsgesellschaft, mir geht es um Gewinn, nicht um Solidarität.“

WASSERVERSORGUNG

- Die **britischen** Wasserversorger haben nach der Privatisierung die Tarife um 50% erhöht und 20.000 Haushalten vorübergehend den sprichwörtlichen Wasserhahn abgedreht, weil sie die steigenden Rechnungen nicht bezahlen konnten. Die Wasserqualität hat sich verschlechtert, die Hepatitis A-Fälle haben sich um 200% erhöht, die von Dysenterie um 600%. Die privaten Versorger sind bereits über 100 Mal wegen Vernachlässigung der Wasserqualität rechtskräftig verurteilt worden.
- In der **bolivianischen** Stadt Cochabamba wurden die Wasserpreise nach der Privatisierung verdoppelt. Es kam zum Generalstreik, woraufhin das Militär eingesetzt wurde, ein Siebzehnjähriger wurde erschossen. Cochabamba rekommunalisierte darauf hin die Wasserversorgung. Das ließ sich Bechtel nicht gefallen und verklagte Bolivien vor einer Weltbank-Streitschlichtungsstelle auf 25 Millionen US-Dollar Schadenersatz.
- Auch in der **argentinischen** Provinz Tucumán stiegen die Wasserpreise nach der Privatisierung um 104 Prozent, und Keime tauchten im Wasser auf. Proteste und Zahlungsboykotte führten zum Rückzug von Vivendi - Générale des Eaux.

POST

Dank Liberalisierung wurden in **Österreich** 638 der 2300 Postämter geschlossen. In fast 400 Gemeinden ersatzlos. Auch in **Deutschland** werden demnächst 800 „Post-Agenturen“ geschlossen.

STROM

- In **Kalifornien** ist der Strommarkt nach der Liberalisierung mehrfach zusammengebrochen.
- Auch in **Schweden** waren im Winter 2001 Zehntausende Haushalte tagelang ohne Strom (Wasser und Wärme), weil die Reparaturtrupps für von Stürmen geknickte Leitungen eingespart wurden. Die Preise sanken nur vorübergehend. Seit der Markt bereinigt ist und drei Konzerne 90% der schwedischen Stromproduktion kontrollieren, geht's bergauf. Allein im letzten Winter (2001) stiegen die Strompreise um 40%. Dazu droht in einigen Jahren eine massive Versorgungskrise, weil die überwiegend im Ausland tätigen Konzerne nicht mehr in Schweden investieren. Auch um die Umwelt kümmert sich der freie Markt nicht. Die einst führende Wasserkraft ist auf Platz drei hinter Kohle und Atomstrom zurückgefallen.
- In **Norwegen** haben sich die Strompreise infolge der Liberalisierung vervierfacht. Anstatt Reserven zu bilden, haben die privaten Energieversorger den Sommerstrom 2002 auf lukrative Auslandsmärkte exportiert, wodurch es im kalten Winter zu Engpässen und somit zur Preisexplosion kam.
- In **Großbritannien** wurde der privatisierte Stromversorger British Energy mit einer öffentlichen Finanzspritze in der Höhe von 1,36 Milliarden Euro vor dem Konkurs gerettet.

GAS

- Auch die Gasmarkt-Liberalisierung wird in **Österreich** zu höheren Preisen und zu sinkender Versorgungsqualität führen, prophezeit Werner Steinecker, Ex-Vorstandsmitglied der Oberösterreichischen Ferngas. Der Grund: Aufgrund des Trends zu Erdgas-Börsen mit Tages- und Stundenpreisen fließe kein Geld mehr in notwendige Infrastruktur.

ÖFFENTLICHER VERKEHR

- In **Großbritannien** bauen die privatisierten Eisenbahnen einen Unfall nach dem anderen, weil ebenfalls nicht in die Infrastruktur investiert, sondern an die Aktionäre ausgeschüttet wird. Heute kommen in England, das für seine Pünktlichkeit berühmt ist, 80 Prozent aller Züge zu spät. Und wer zur falschen Tageszeit von Birmingham nach London fährt, muss statt 15 Pfund stolze 76 Pfund bezahlen – für dieselbe Leistung! Railtrack, die in eine Aktiengesellschaft umgewandelte Infrastrukturgesellschaft, wurde rückverstaatlicht.
- Im **Großraum London** wurde der Busverkehr 1986 vollständig dereguliert. Bis 1992 ist die Zahl der Fahrgäste um 22% zurückgegangen, die realen Fahrpreise bis 1996 um 25% gestiegen.
- Im **Wien** des späten 19. Jahrhunderts wurden die Straßenbahnen noch von Privaten betrieben. Ihre Performance in puncto Qualität, Service und Arbeitsbedingungen war jedoch so miserabel, dass die „Bim“ kommunalisiert wurde.
- Egal, wo der öffentliche Verkehr eingestellt wird, sind die Menschen gezwungen, auf das vielfach teurere, unökologischere und risikoreichere Privatauto umzusteigen. In Österreich sperren die Nebenbahnen im Vorfeld der Bahnliberalisierung zu.

BILDUNG

- Durch die freie Schulwahl und den hohen Anteil privater **Schulen** ist in **Großbritannien** eine soziale und ethische Polarisierung zu beobachten. In sozial schwachen Vierteln dominieren „Restschulen“ mit einem hohen Anteil von MigrantInnen, Armen und schwierigen Kindern, während die Reichen und Schönen in den Villenvierteln unter sich bleiben. Durch die finanzielle Aushungerung der öffentlichen Schulen müssen sich die Schulen zunehmend nach privaten Sponsoren umsehen. So finden sich in Schulbüchern Inserate der „Qualitätszeitung“ *The Sun*, Schulsportvereine werden vom „Vorbildkonzern“ *Nike* ausgestattet und große Banken investieren in CD-Roms und Computerspiele für wirtschaftliche Fächer.
- In den **USA** übernahm die Firma Edison 133 **öffentliche Schulen** mit dem Versprechen, diese effizienter zu managen, die Kosten zu senken und die Leistungen zu verbessern. Eingetreten ist das Gegenteil. Die Kosten stiegen an, während die Leistungen der SchülerInnen abnahmen. Eine von Edison gemanagte Volksschule in San Francisco rutschte auf den letzten Platz (75) „in town“ ab. LehrerInnen und Personal wurden gekündigt, um Kosten zu sparen. Bilanzmanipulationen und angehäuften Schuldenberge ließen den Börsenkurs von Edison Schools Inc. von 38 auf 1 Dollar abstürzen. Mitte 2002 kämpft das ehemalige „Wunderkind“ der profitorientierten Bildung mit dem Konkurs.

**Eine ausführlichere Beispielsammlung mit Quellenangaben erhalten sie im Stopp-GATS-Büro:
1050 Wien, Margaretenstraße 166, infos@stoppgats.at, Tel.: 01 / 546 41 – 431.**